

Der Deutsche Metallarbeiter

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Samstags. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17, Fernruf 3636 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 47

Duisburg, den 20. November 1926

27. Jahrgang

Arbeiterpersönlichkeit, Kapitalismus und Unorganisierte

Um uns erstet Neues. Wirtschaftliche Formen von nie gekannter Größe und Kraft tauchen auf; Trüste mit Milliardenkapital, die über das Gebiet eines Staates hinausgreifen, Syndikate, Kartelle, Konventionen, riesigste Zusammenballung kapitalistischer Gewalten in einem unerhörten Ringen und Sammeln nach Macht und Ausdehnung; Generaldirektoren und Börsenmenschen mit der Macht von Königen, bestimmen über Industrien und machen Konjunkturen. Der Kapitalismus schreitet.

Und mitten in diesem Wogenbrang von Gewinnjäger, Machtkämpfen, Spekulationswut steht der Arbeiter, der Industriearbeiter, hineingestellt in eine Welt voll ungeheurer Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben.

„Vieles Gewaltige lebt, doch nichts gewaltiger als der Mensch“, sagte der griechische Dichter Sophokles vor 2000 Jahren. Auf unsere Zeit angewandt, würde das Wort lauten: Vieles Gewaltige und Ungeheure hat das 19. Jahrhundert geschaffen an Erfindungen und Entdeckungen, an Auftrieb der Zivilisation, an Schaffung von Gütern, aber nichts ist gewaltiger im 19. Jahrhundert als der Aufstiegsweg der Arbeiterschaft und die Aufgaben, die die Arbeiterschaft zu erfüllen hat. Mit uns geht, mehr als in irgendeinem Zeitalter, in dem es Weltgeschichte gibt, die Zeit dieses Schrittes.

Und wir stehen da, die Arbeiterschaft, als Schaffer künftiger Kultur, als die neuen Kräfte, ohne die unsere Zeit verstanden wird.

Wir sind nur auf unsere Kraft angewiesen. Die bürgerliche Wirtschaftsgesellschaft, die unserem Aufstieg teils mit Gleichgültigkeit, teils aber auch in schärfstem Gegendruck gegenübersteht, ist noch weit davon entfernt, uns in unserem Willen und Wirken zu verstehen.

Träger neuer Kräfte und neuer Kultur sind einsam und müssen oft verfolger ihren Weg gehen. Das ist unser letztes Ziel: diesem Zeitalter, das die große Bindung zwischen Arbeit, Mensch und Gott zerrißt, das die Verantwortung vor einem letzten sittlichen Prinzip ablehnt, und sich selbst in den Mittelpunkt aller Geschehnisse stellt, diesem Zeitalter eine neue, sittliche Fundamentierung zu geben, das Recht des Menschen über das Sachenrecht zu stellen, die zerrissene Einheit zwischen Menschentum und höchster Verantwortung wiederherzustellen, das ist die kulturelle Aufgabe unserer christlichen Arbeiterbewegung.

Wir wollen das erreichen durch eine Zuständereform, daher unser Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse; durch eine Menschenreform, daher unser Ringen um Persönlichkeitswerden der Arbeiterschaft, um das Erfassen des Berufsträgertums, um die Standwerdung, um die Gemeinschaftsbildung; durch einen Ideenumschwung, daher unser Ringen um Verwirklichung der Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsziele.

Das ist das Ziel!

Aber der Weg? Es wird Abend werden, ehe wir das Ziel erreichen, wird vielleicht dieser oder jener Keimling einwerfen.

Wir stehen schon in hoher Sicht. Wir Arbeiter sind heraufgewandert aus tiefstem Dunkel, aus furchtbarster Erniedrigung, Not und Verzweiflung, aus Hunger und Knechtung vor 50 und 100 Jahren auf die Höhe der politischen und sozialen Gleichberechtigung und bedeutender wirtschaftlicher Mitbestimmung von heute. Und auch heute müssen wir trotz Krise und vielfacher Not sagen: „Es ist doch Riesiges im Aufstieg der Arbeiterschaft geleistet worden!“

Ehre solchem Kämpfer!

Das ist eine Arbeiterpersönlichkeit!

„Die Garde stirbt, doch sie ergibt sich nicht“, rief die Elitetruppe Napoleons im Kampfe aus. Keinesfalls kann es auch von den alten Kämpfern im Verband heißen: „Wir kämpfen für unser Ziel, doch wir ergeben uns nie dem Kapitalismus“. Ein so alter Kämpfer, ein starkes und stolzes Beispiel für alle Jungen ist unser Kollege Christian Steudter aus Dortmund. Doch lassen wir ihn selbst berichten, was er in einem Briefe schreibt:

„Ich bin im Juni 75 Jahre alt geworden. Aber das macht nichts. Ich tu noch immer mitarbeiten. Wir sind hier in einer tatkräftigen Agitation und erzielen auch gute Resultate. Ich bin schon sieben Sonntage auf Hausagitation mitgewesen. Nächsten Sonntag soll es nach Kamen gehen, um die dortigen Kollegen aufzurütteln. Ich bestene wöchentlich noch 130 Kollegen.“

Sollte man dazu noch ein einziges Wort zufügen? Kollege Steudter hat auch das Wort Goethes wahr gemacht: „Denn ich bin ein Mensch gewesen und das heißt ein Kämpfer sein!“ Und auch Kollegen Steudter arbeiten noch viele „Alte“ in vollster Hingabe an die gute Sache. Wo solcher Geist lebendig ist, muß es vorwärtsgehen, und wenn die Jungen mit aller Energie anpacken, gibt es einen guten Klang. Dann ist Arbeit für den Verband ein Wettstreit und eine Freude.

Das war natürlich gar nicht möglich, ohne daß auch im Innern, in Geist und Seele der Arbeiterschaft große Veränderungen vor sich gingen. Die Arbeiterschaft ist auf dem Wege, sich ihres Wertes voll bewusst zu werden.

Aber dazu bedarf es noch stärkerer Ausforderung aller Kräfte, damit die Sonnenstrahlen des Glaubens an die eigene Tat befruchtend wirken können.

Die Arbeiterpersönlichkeit darf nicht nur in den Führern, Vertrauensleuten und Pionieren sich entfalten, sie muß Gemeingut werden. Die Persönlichkeit wird nicht geboren, sondern wird, bildet sich, schafft sich selbst.

Was wollen wir, wenn wir von Arbeiterpersönlichkeit sprechen? Wir wollen den Menschen, der ganz getragen ist von dem Gedanken, daß er in allem an das Soziale gebunden und dem Sozialen verantwortlich ist. Daß er erkennt, daß er seine Arbeit am meisten fördert, wenn seine Arbeit die anderen mitfördert, und daß er als Gesellschaftswesen nicht nur sich sieht, sondern daß er der Gesamtheit gegenüber verhaftet ist.

Diese Persönlichkeitsbildung ist mehr als formelle Geistesbildung, sie ist eine seelische und sittliche Formung, eine Frage des Charakters. Sie muß in der Seele fundiert sein, um von da aus den Geist zu beeinflussen.

Es ist klar, daß diese Bildung der Arbeiterpersönlichkeit, diese soziale Verbundenheit und Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, wenn sie wirklich fruchttragend sein soll, nur aufgebaut sein kann auf dem christlich-sittlichen Gedanken und auf dem Streben nach dem höchsten Ideal. Schon in diesem Streben liegt Kulturwille. Daß wir schöpferisch befehlen wollen, darin liegt der tiefste Sinn unserer Ebenbildlichkeit Gottes.

Persönlichkeit werden heißt: Verantwortung haben gegen sich selbst, seinen Beruf, seinen Stand, sein Volk; das heißt, sein Einzelinteresse unter das Interesse des Gesamten setzen können; heißt, Solidaritätsgefühl in sich tragen, Opfermut zeigen, sich nicht von Masseninstinkten hin- und herreiben lassen; das heißt, einen Sinn für gebundene Freiheit und für ein freies Autoritätsgefühl haben. Das heißt mit einem Worte: Wollen!

Die Gewerkschaftsbewegung ist gar nichts anderes als das Ringen des Arbeiters, aus Masse und Masseinstinkten eine Persönlichkeit, ein Eigenes zu werden. Die Masse kann durch irgendeinen spontanen Druck sich für eine gewisse Zeit eine Gleichberechtigung verschaffen. Aber wenn diese Gleichberechtigung nicht gehalten wird von Charakteren, von Persönlichkeiten, ist sie stets in Gefahr, wieder „abgebaut“ zu werden. Die Persönlichkeit hat in sich als stärksten Ausdruck das Wollen zur Selbsthilfe, die Masse ruft zuerst nach fremder oder nach Staatshilfe.

Wenn seit 1923 manches in Gefahr gekommen ist, dann deshalb, weil der Glaube und der Wille zur eigenen Kraft, zur eigenen Bewegung schwächer geworden war, und weil ein Mangel an Persönlichkeiten, Berufs- und Standesbildung sich zeigte.

Schwächung der Rechte eines Standes ist fast immer bedingt durch eine Störung in der Persönlichkeitsbildung in einem Stande, durch das, was wir auch Gleichgültigkeit, Trägheit, Unbeständigkeit nennen. Dann erkönt der bekannte Ruf: „Die Organisation hat versagt“, und in Wirklichkeit haben die sittlichen und geistigen Kräfte des einzelnen versagt.

Die gegenwärtige Schwäche in der Arbeiterpersönlichkeit liegt darin, daß er sich selbst, seinen Beruf und seinen Stand vielfach falsch einschätzt und unterbewertet. So notwendig die äußere Gleichberechtigung des Arbeiters mit den anderen Schichten ist, wichtiger ist, daß der Arbeiter das Gefühl der inneren Gleichberechtigung in sich trägt. Der Arbeiter muß sich als Mitschöpfer der Werte und Mitträger der Gesellschaft lebendig erfassen. Er muß wissen, daß sein Stand eine Zukunfts- und eine Menschheitsmission zu erfüllen hat.

Es gibt keine Persönlichkeit ohne Glauben an sich und an ihr Ziel. Und diesen Glauben hat die Arbeiterschaft vielfach noch zu wenig, sonst hätten sich die Hemmungen von 1923 und 1924 nicht zeigen dürfen.

Der Kapitalismus hat gar kein Interesse daran, daß der Arbeiter Persönlichkeit wird. Ihm ist es viel lieber, er bleibt geistig ein Nur-Lohnarbeiter, d. h. ein Wesen, das zwischen Arbeit, Essen und Schlaf pendelt und sich seines höheren Menschenwertes gar nicht bewußt wird. Einen solchen Arbeitertypus wird der Kapitalismus immer nur als Objekt, als Teil einer Maschine werten und dessen Arbeit wird sie lediglich als Ware behandeln. Auch die sogen. Werksvereine wollen gar keinen freien und aufrechten Arbeitertypus, dabei hätte „man“ dann doch nichts profitiert.

Der Unorganisierte reicht dem Kapitalismus bei diesem Handeln die Hand. Er ist sich dieser Tat in ihrer ungeheuren Tragweite gar nicht bewußt, sonst würde ihn sein Ehrgefühl, das er doch auch als Arbeiter in sich trägt, schaudern machen. Ein Arbeiter, der seine Brüder zu Knechten mit herabdrücken will, das ist doch das traurigste Spiel von allem. Der Unorganisierte weiß nicht, was er tut. Er will ja nur den „Beitrag schinden“, er will in seiner Ruhe nicht gestört werden — aber dadurch wird er der Handlanger des Kapitalismus, der Zerstörer von Familienglück und das Hemmnis zum Aufstieg seiner eigenen Kinder. Wäre er eine Persönlichkeit, er würde den blinden Egoismus aus sich reißen und gemeinsam mit seinen Arbeitsbrüdern an der Hebung der Arbeiterschaft arbeiten.

Bei unserer Agitation, die wir im Winter mit starkem Auftrieb der Kräfte vornehmen, sollten unsere Vertrauensleute gerade auch diese Seite der Persönlichkeitsbildung im Unorganisierten anklängen und seine Ehre als Arbeiter dem egoistischen kapitalistischen Mehrwertstreben des Unorganisierten gegenüberstellen.

Nehmen wir uns die Alten als Vorbild! Was haben sie nicht geschafft. Gegen Unverständnis und Unvernunft der breiten Masse ankämpfend haben sie diese zu einem Gebilde von Schlagkraft und Einheit gemacht. Und sie haben es aus sich selbst geschafft! Ihnen standen keine Hilfsmittel zur Verfügung als sie selbst; kein Geld, als ihr magerer Wochenlohn; keine „Bildung“ als ihr Volksschulwissen. Sie hatten nichts als ihren Willen, ihren glühenden Eifer, ihre zwingende Kraft, ihren Charakter, ihren Idealismus! Weiter nichts? Aber ist denn das nicht das ganze Geheimnis des Erfolges, liegt darin nicht der ganze Mensch, die ganze Persönlichkeit?

Diesem Glauben der Alten und ihrem Willen laßt uns nach-eifern, dann marschieren wir!
G. W.

Auf dem Wege zur Hochkonjunktur?

Die Besserungsmomente in der deutschen Wirtschaft halten an, besonders zeigen sie sich auf dem Montanmarkt, bei Eisen und Kohle. Der „Hannoversche Kurier“, ein der Industrie nahestehendes Blatt, schreibt über die Lage auf dem Eisenmarkt unter dem 10. November bedeutsame Sätze, wie folgt:

„Durch die weiter gestiegenen Eisenpreise auf dem Weltmarkt war es der deutschen Stahlgemeinschaft möglich, eine bedeutende Ermäßigung der Differenzsätze zwischen den Inlands- und Auslandspreisen vorzunehmen.“

Die Exportpreise für verschiedene Eisenprodukte, für Draht, Grobblech, Knüppel, haben eine weitere Steigerung erfahren.

Die Ausfuhr an den schwereisenindustriellen Produkten, besonders in Grobblech, hält weiter an. Dem Grobblechverband liegen zurzeit verschiedene, recht umfangreiche Aufträge vor, nicht allein nach England, sondern auch nach Holland, Skandinavien, Japan. Es schweben noch weitere Verhandlungen wegen weiterer Aufträge. Bezeichnend für die starke Grobblechnachfrage ist, daß Lieferfristen bis 8 Wochen gefordert werden.

Die Drahtindustrie, besonders für Verfeinerungsdrähte, hat sich am Auslandsbedarf beteiligt. Die Beschäftigung der Werke war im Oktober erheblich besser als im September, ob-

wohl schon im September die volle Auslandsbeteiligung abgefeht werden konnte.

In der letzten Zeit sind umfangreiche Bestellungen auf Knüppel und Bars von England nach Deutschland gekommen, weil Belgien und Frankreich ihre Lieferungsverpflichtungen nicht prompt erfüllen konnten.“

Auf dem Gebiete der Schwerindustrie herrscht also durchaus gute Beschäftigung. Das kann der Arbeiterschaft nur recht sein, damit vermindert sich Krise und Arbeitslosigkeit. Unerfreulich bei dem ganzen Bild ist das ungeheure Anspannen der Arbeitskraft durch Ueberstunden. Diesem Unwesen muß gesteuert werden. Auch die Löhne könnten erheblich besser sein, wenn gerade die Kollegen der Schwerindustrie sich intensiver um ihre gewerkschaftlichen Pflichten

Notiere dir

für deine Arbeit:



Eine Neuaufnahme muß auch ich im Monat November machen! Auch ich kann werben, wenn ich nur will!

belümmerten. Die Frage der dreigeteilten Schicht wird auf das tatkräftigste gerade jetzt weiter verfolgt werden. Ob sie endgültig geregelt wird, hängt jedoch von der Mitarbeit der Kollegenschaft ab.

Sonntagschichtenunwesen

Der Christl. Metallarbeiterverband kennzeichnet in seinem Organ scharf die unnütze Hege bei der Arbeit in der Schwermetalleindustrie. Das trifft besonders auf die August-Thyssen-Hütte in Hamborn zu. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage wird von der Arbeiterschaft lebhaft begrüßt, bedeutet sie doch die Beendigung der fast einjährigen Kurzarbeit. Nicht begrüßenswert ist jedoch die Tatsache, daß die Hütte die aufsteigende Konjunktur zur rückständigen Ausnutzung der Arbeitskraft ihrer Belegschaft benützt. War noch vor wenigen Monaten die geradezu krankhafte Eucht vorhanden, unter allen Umständen jede Woche zwei bis drei Feiertagschichten einzulegen, so beobachten wir jetzt, daß Ueberstunden und Sonntagearbeit eine Modekrankheit zu werden beginnen.

In dieser Beziehung scheinen auf der August-Thyssen-Hütte grauenhafte Zustände mit all ihren verderblichen Folgen einzureisen. Bereits in den Monaten September und Oktober wurden auf der Hütte neben Tausenden Ueberstunden je zwei Sonntagschichten verfahren. Noch schlimmer ist es im November. Am Allerheiligentage, der in Hamborn als gesetzlicher Feiertag gilt, und am ersten Sonntag des Monats ist schon gearbeitet worden, am zweiten Sonntag und am Dinstag und Wottag soll der Betrieb wieder laufen. Was die Hütte weiter plant, ist noch nicht bekannt. Draußen auf der Straße liegt noch ein millionenstarkes Arbeitslosenheer, bei der August-Thyssen-Hütte aber erfreuen sich die Sonntagschichten zunehmender Beliebtheit.

Es soll nicht bestritten werden, daß ein kleiner Teil der Belegschaft so kurzfristig ist und mit diesem System im Hinblick auf die etwas besser gefüllte Lohnkiste sich abzufinden scheint. Diese Arbeiter sehen leider nur den augenblicklichen geldlichen Gewinn, ohne an die schweren Gefahren zu denken, die ihrer Gesundheit drohen. Ein anderer Teil will aber gern auf einen Augenblicksvorteil verzichten, ihm liegt mehr an der Erhaltung seiner Arbeitskraft, er weiß, daß die Hütte ihm den Verlust derselben nicht ersetzt. Darum strebt dieser Teil der gewerkschaftlichen Organisation zu, um mit ihrer Hilfe die Arbeitszeit vernunftgemäß zu regeln. Würde dieses Streben noch mehr Nachsehung finden, dann wäre es sowohl mit der Behandlung der Arbeiter als auch mit dem leidigen Sonntagschichtenunwesen bald anders bestellt. Dann könnte auch eher an die Einführung der dreigeteilten, der Achtstundenschicht, gedacht werden, die vom Christlichen Metallarbeiterverband seit langem verlangt wird und die er für die Hochlohnarbeiter bereits erreicht hat.

Das Ideal der „Bergwerkszeitung“

Die „Bergwerkszeitung“, ein Blatt, bei dem soziale Reaktion und Volksgemeinschaftsgerechte sich decken, ist für Deutschland auf der Suche nach einem fogen. starken Mann. Der Mann müßte die innerpolitischen Verhältnisse ordnen, so ähnlich wie Oldenburg-Jannasch es wollte durch den bekannten Leutnant mit dem zwölf Mann; der Mann müßte die Außenpolitik regeln, womöglich mit der „gepanzerten Faust“, die Sozialpolitik brauchte er nicht zu regeln, die wird nämlich einfach „abgebaut“, und die Wirtschaftspolitik regelt sich sehr gut, wenn man die Macht den Herren der Montanindustrie anvertraut; arbeitsrechtliche Fragen brauchen nicht diskutiert zu werden, denn die Arbeiterschaft hat ja eigentlich keine Rechte notwendig.

Das ist der Traum der schlaflosen Nächte der „Bergwerkszeitung“. Nun weiß die „Bergwerkszeitung“ auch, daß Worte wohl belehren, aber Beispiele zeigen können. So sucht sie denn ein „Ideal“ und findet es in — Mussolini. Sie orakelt in ihrer Nr. vom 12. Nov. über die wirtschafts- und sozialpolitische Tätigkeit dieses Herrn mit dem zwar unausgesprochenen, aber um so lebhafter zwischen den Zeilen fühlbaren Wunsch: „Wäre es doch in Deutschland auch so“.

Und sie schreibt: „In Italien herrscht Ordnung, alles wird nach einem Willen geleitet, in feste Bahnen gelenkt, organisiert, diszipliniert. Italien ist heute das Musterbeispiel für einen bis in die kleinste Einzelheit reglementierten Staat. Das bringt ganz große, in die Augen springende Vorteile mit sich.“

Der Duce (Mussolini, die Neb.) hat auch von den sozialen Fortschritten gesprochen. Gewiß, das ist alles zu verzeichnen. Das Gesetz unterstellt die Arbeiterverbände den Produzentenvereinigungen und Streitversuche werden mit Kerkerhaft belegt.“

Also diese „sozialen Fortschritte“ sind zu verzeichnen. Solche „Freundlichkeiten“ scheinen nach dem Herzen der „Bergwerkszeitung“ zu sein. Alexander Lile, Stamm und Stal, lehrt zurück, alles sei auch vergeben. Ihr seid doch Engel voll Güte und Liebe gegen dieses Ideal der „Bergwerkszeitung“. Neuen herrlichen Zeiten würden wir entgegengeführt, wenn diese Wünsche der „Bergwerkszeitung“ in Erfüllung gingen. Es fragt sich nur, für wen? Was sagen unsere Unorganisierten dazu? Durch ihre Latenzlosigkeit leihen sie dem Unternehmertum die besten Vorspanndienste für solche Reaktionen.

Das haben wir zu erkämpfen und zu sichern:

Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß dem Grundgedanken der Beschäftigung mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern. Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berechtigt, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuarbeiten. Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Eigentümern verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das allgemeine Beste.

Zentralisierter Kapitalismus und Arbeiterchaft

Nachdem der wirtschaftliche Wirrwarr, der durch Krieg und Inflation in den verschiedensten Ländern entstand, langsam wieder normalen Verhältnissen Platz macht, beginnen sich große organisatorische Umformungen in der kapitalistischen Wirtschaft, insbesondere Deutschlands und Europas, zu vollziehen. Riesige Machtgebilde sind im Entstehen, die zum Teil die Grenzen einer einzelnen Volkswirtschaft überschreiten, die sich zu Marktblockadoren entwickeln und den Versuch machen werden, die staatliche Politik in den Dienst ihrer Interessen zu zwingen. Eine neue große Kartell- und Trustperiode hat begonnen.

Jedes Kartell und jeder Trust strebt nach der Diktatur, so schreibt mit Recht unser „Zentralblatt“. Auch wenn die nächsten Ziele, die bei der Gründung eines solchen Zusammenschlusses aufgestellt werden, vielleicht viel harmloser sind, nur die Ordnung in einem wilden Konkurrenzkampf bringen wollen, nur eine gewisse Gleichmäßigkeit der Lieferungsbedingungen angestrebt wird: Werden die nächsten Aufgaben erfolgreich gelöst, so wird man ganz natürlich zu größeren Plänen kommen und das Endziel wird immer sein, den Markt einer Ware von einem Zentrum aus diktatorisch zu regulieren.

Diesen Zielen dienen die großen Gesamtunternehmungen, die

trustartigen Aktiengesellschaften, die aus einer Zusammenfassung mehrerer Großunternehmungen entstanden sind, wie etwa der Fabriktrust oder die Vereinigten Stahlwerke oder der Wintershall-Konzern in der Kaliindustrie und viele andere, die bereits gegründet sind oder vorbereitet werden. Diesen Zielen dienen aber auch auf anderen Wegen die Kartelle und Syndikate, die nationalen so wohl wie die internationalen. Man braucht nicht zu leugnen, daß diese großen Zusammenschlüsse und Kartellvereinbarungen manches Nützliche bringen. Der wilde Konkurrenzkampf ist sehr oft für die Nachbeteiligten wie auch für die Verbraucher weicher und dritter Hand, wie auch schließlich für die Arbeitnehmer voller Nachteile. Ordnung und stetige Entwicklung, die durch die Kartellbildung, aber auch durch die Bildung von Riesenunternehmungen herbeigeführt werden können, sind zweifellos mitunter von Vorteil. Aber man muß sich immer bewußt bleiben, daß die Gebilde eine ungeheure wirtschaftspolitische Macht darstellen; und die Macht haben erliegen auf jedem Gebiete sehr leicht der Versuchung, sie zu mißbrauchen.

Die Zusammenschlußbewegung in der kapitalistischen Wirtschaft kann dazu führen, die Nationalisierung nach großzügigen Plänen durchzuführen. Das ist im ganzen genommen etwas Wünschenswertes, wenn auch jede Nationalisierung mit sehr viel peinlichen Nebenwirkungen behaftet ist, unter denen insbesondere die Freisetzung von Arbeitskräften hervorgehoben werden muß. (Darum muß es heißen: Je mehr Nationalisierung, um so mehr

Der Achtstundentag ist notwendig und möglich

Erfreulicherweise ist in den letzten Monaten das Wollen der Arbeiterschaft nach einer Verkürzung der heutigen Arbeitsdauer stärkstens gewachsen. Es ist das die ganz natürliche Auswirkung alles dessen, was man unter dem Stichwort: Nationalisierung der Arbeiterschaft zumutete. In der Regel verstand man doch darunter einen vielfach geradezu unmenschlichen Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft. Den Willen zu einer solchen Methode bekundete noch am 12. August d. J. in Anlehnung an eine Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in einer besonderen Eingabe an die bayerische Staatsregierung die Vereinigung bayerischer Arbeitgeberverbände, indem sie ausführte, daß nicht mit den verfeinerten Mitteln in subtilster (spießindigster) Vervollkommenung der Betriebseinrichtungen die Leistungen technisch und wirtschaftlich gesteigert werden könnten, sondern nur dadurch, daß das ängstlichste aus der menschlichen Arbeitskraft herausgeholt wird.

Ein Blick in die Betriebe

zeigt, daß diese Methode gang und gäbe ist. Zunächst hat man die Zahl der Antrieber vermehrt, die nur auf eine Steigerung der Leistungen hinzudrängen haben. Das gelingt, weil der wirtschaftliche Druck die Angst und Sorge des Arbeiters um die Erhaltung der Arbeitsstelle ins Ungemessene steigert. Man zwingt die Arbeiter durch Akkordbeurteilungen zu erhöhter Anspannung, gönnt den Belegkaffern noch nicht einmal die festgelegten Pausen. Es ist großer Unfug, wenn heute noch akademische Theoretiker von einer effektiven Arbeitszeit von 6 bis 7 Stunden in 12 Stunden sprechen. Tatsache ist, daß bei vielen Werken die gesamte Pausendauer eine halbe Stunde beträgt und die Arbeiter nicht 9%, sondern 11% Stunden ununterbrochen in intensiver Arbeit stehen. Dazu tritt noch der rigorose Zwang zur Leistung von Ueberstunden. Man nimmt Aufträge zu kurzen Lieferfristen auf und peitscht dann mit unzureichender Arbeiterzahl solche Aufträge in intensiver und zum großen Teil auch Ueberstunden durch. Eine Umfrage des Christlichen Metallarbeiterverbandes, deren Ergebnis wir in nächster Zeit veröffentlichen werden, erbringt nach dieser Richtung eine Fülle von Beweismaterial. Solche Zustände machen eine gesteigerte Interessierung der Arbeiter für die achtstündige Schicht ohne weiteres erklärlich. Diesem Interesse haben die

Spitzenverbände der Gewerkschaften

suchen Ausdruck verliehen. Das hat das ganze Arbeitgeberium auf den Plan gerufen. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband der Deutschen Industrie, Deutscher Industrie- und Handelslag, Handelsbund für Gewerbe, Handel und Industrie, Reichsverband der Bankleitungen, Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Hauptvereinshaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Reichsverband des Deutschen Handels, Arbeitgeberverband Deutscher Versicherungsunternehmen, Reichsverband der Privatversicherung, Reichsverband der deutschen forst- und landwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen haben zu dem von den Gewerkschaften in Vorschlag gebrachten Notgesetz zur Einführung des Achtstundentages eine Erklärung verbreitet, in der sie auf die Gefahren einer derartigen Regelung hinweisen.

Wir wollen von der

Schiefheit in dieser Darstellung

über das Zustandekommen der jetzigen Arbeitszeit absehen und uns lediglich darauf beschränken, nachzuweisen, daß die Einführung der achtstündigen Arbeitsdauer eine soziale Notwendigkeit und auch wirtschaftlich möglich ist.

Die heutige Arbeitsmethode hat die verhängnisvollsten Auswirkungen auf Leben und Gesundheit der Arbeiter. In den 12 Metallberufsvereinigungen war folgendes Anwachsen der Unfallziffern zu konstatieren:

1924 Unfallmeldungen	162 441	
1925	214 108	51 667
1924 Erstmalig entschädigt	10 805	—
1925	14 619	3 804
1924 getötet	835	—
1925	999	164

Eine solche bedauerliche Entwicklung ist unausbleiblich. Des heutige wahnsinnige Arbeitstempo läßt die nötige Sorgfalt und frisiert die Gefahren der Arbeit. Bei der heutigen Ar-

beitschaft ist die Dauer der Arbeitszeit zu lang. Das hastige Arbeitstempo ermüdet den Arbeiter eher. Uebermüdete Menschen aber verlieren die körperliche und geistige Spannkraft, um auf alles zu achten, was zu ihrem Schutz erforderlich ist.

Leben und Gesundheit unseres Volkes müssen aber unbedingt höher stehen als der unsachliche Abwehrschrei aus einer manumonistisch eingestellten Wirtschaft. Dazu kommt noch, daß die heutige Regelung der Arbeitszeit

ein ungerechtfertigter Ausnahmezustand

gerade für die am schwersten schaffende und zumisch bedrohte Arbeiterschaft der Industrie ist.

Nach einer Statistik der Reichsarbeitsverwaltung bestehen zurzeit in Deutschland 7099 Tarifverträge, von denen 785 945 Betriebe mit rund 11,9 Millionen Arbeitnehmern erfaßt werden. 6506 Tarifverträge, die rund 10,9 Millionen Arbeitnehmer umfassen, enthalten Angaben über die Arbeitszeit. Von diesen 10,9 Millionen Arbeitnehmern hatten 1 295 007 eine regelmäßige Arbeitszeit von weniger als 48 Stunden pro Woche. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit von 48 Stunden hatten 8 432 421 Arbeitnehmer. Eine längere Arbeitszeit als 48 Stunden hatten 1 190 635 Arbeiter, also etwa 10 Prozent der erfaßten Arbeitnehmer.

Ein solcher Zustand ist allein schon aus Gerechtigkeitsgründen nicht länger tragbar.

Der Achtstundentag ist aber auch wirtschaftlich möglich. In den letzten Monaten ist eine deutliche Belebung der Wirtschaft eingetreten. Das konstatiert sogar die der Industrie hochsicherlich schwebendste

„Deutsche Bergwerkszeitung“

Nr. 261, vom 6. 11., in einem eingehenden Bericht, dem wir folgende Stelle entnehmen:

„Wer daran gezweifelt hatte, daß die von uns schon vor einiger Zeit vorausgesagte Belebung des Eisenmarktes von längerer Dauer sein würde, hat seine Ansicht in der Zwischenzeit wohl revidieren müssen. Es zeigt sich immer mehr, daß der Markt unter der Wirksamkeit der Verbände wieder anfängt, ein solides Fundament zu bekommen. Der Auftragsingang hat sich von Monat zu Monat gebessert, und wenn man noch vor einiger Zeit mit einer Auftragszunahme von 1000 Tonnen im Monat zufrieden sein mußte, so ist man inzwischen doch schon etwas anspruchsvoller geworden. Wenn die Belebung nicht sprunghaft, sondern nach und nach gekommen ist, so darf man das vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus nur begrüßen, da sich daraus der Vorteil des Fehlens eines stärkeren spekulativen Einflusses ergibt und die Gefahr des Eintretens von Rückschlägen geringer wird. Besonders beweiskräftig für die allgemeine Besserung der Wirtschaftslage ist die neuerdings eingetretene Verschiebung in der Relation der Abfahmengen für das Inland und das Ausland. Während noch bis vor kurzem die Eisenindustrie den weitaus größten Teil ihres Auftragseinganges auf die Exportseite verbuchen mußte, was bei den schlechten Preisen ein sehr zweifelhaftes Vergnügen war, so hat sich inzwischen die oben erwähnte Relation zugunsten des Inlandsabfahms verschoben. Da auf der anderen Seite der Auslandsabfahm nicht geringer, sondern eher noch lebhafter geworden ist, kann man ohne weiteres auf eine erfreuliche Vergrößerung der Aufnahmefähigkeit des heimischen Marktes bzw. auf eine bessere Beschäftigung der weiterverarbeitenden Industrie schließen.“

Heute schon ein Urteil über die Auswirkungen des vor kurzem zustandekommenen Eisenpatentes zu fällen, wäre verfrüht. Immerhin ist festzustellen, daß die Weltmarktwerte seit Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft erheblich anwachsen haben. Daraus ergibt sich nicht nur ein Nutzen für die eisenhaltende, sondern auch für die weiterverarbeitende Industrie, deren Konkurrenzfähigkeit am Auslandsmarkte wesentlich gehoben wird. Bekanntlich hatte gerade die weiterverarbeitende Industrie bisher unter dem Dumping, welches die ausländischen Konkurrenzwerke auf Grund der billigen Weltmarktwerte für Eisen betreiben konnten, schwer zu leiden. Wenn die Internationale Rohstahlgemeinschaft sich entschlossen hat, die vorgesehene Endkontingente schon heute in Kraft treten zu lassen, so offenbart sich darin zweifellos ein gutes Vertrauen in die weitere Entwicklung.“

Wenn die deutschen Unternehmer der Wahrheit die Ehre geben wollen, dann werden sie die wirtschaftliche Möglichkeit des Achtstundentages nicht zu leugnen in der Lage sein.

Die Arbeiterschaft wird nicht ruhen und rasten, bis sie hinsichtlich der Arbeitszeit ihre berechtigte Forderung verwirklicht hat. Zu diesem Zwecke muß sie sich noch mehr als bisher gewerkschaftlich betätigen.

Sozialpolitik!). Nationalisierung ist gut, aber eigentlich doch nur dann, wenn von ihren Früchten die breitesten Schichten des Volkes den Vorteil haben. Die Gefahr der großen Trust- und Kartellgebilde liegt nun darin, daß sie die Nationalisierung nicht dazu benutzen, um Preise zu senken und Löhne zu erhöhen. An sich kann jede Nationalisierung zu diesem erwünschten Endergebnis führen: billigere Preise, höhere Löhne, größerer Verbrauch können auch die freigestellten Arbeitnehmer wieder an die alten oder an neue Arbeitsstellen bringen. Da aber die großen Machtkolosse die freie Konkurrenz weitgehend ausschalten, da sie in der Lage sind, unter Umständen der staatlichen Wirtschaftspolitik zu trotzen, da ihre Kapitalmacht auch ihre Stellung gegenüber der Arbeiterschaft verstärkt, werden sie sehr leicht zu einer kurzfristigen Politik verführt und versuchen, jegliches Risiko, das eigentlich sie als Unternehmer tragen müßten, auf Verbraucher und Arbeitnehmer abzuwälzen.

In neuerer Zeit spielen insbesondere die internationalen wirtschaftlichen Vereinbarungen eine große Rolle. Man sieht in ihnen vielfach Vorbereitungen einer europäischen Wirtschaftsverständigung. Das europäische Stahlkartell ist schon Tatsache. Die Verständigung zwischen der deutschen und der französischen Kalkindustrie ist erfolgt. Ein europäisches Kohlenabkommen schwebt zahlreichen Industriellen der verschiedenen Länder vor; eine Reihe von Industrien haben sich sogar über die Grenze Europas hinaus bereits zusammengeschlossen. Zwar werden die Vereinbarungen in der Öffentlichkeit meist kritisch gelobt. Es ist aber sehr die Frage, ob sie mit Recht als eine Vorstufe zu der Bildung großräumiger Wirtschaftseinheiten angesehen werden können. Gewiß wird, sobald für eine Ware ein europäisches Kartell besteht, der Zoll bedeutungslos, aber die Wirkung des Zolles ist damit ja nicht aufgehoben. Die Abtragung der Zollmannern soll doch das Ziel haben, eine billigere Warenproduktion zu ermöglichen, weil die Welt des günstigsten Standortes dann weniger behindert ist. Die internationalen Kartelle haben jedoch gar nicht die Befreiung von wirtschaftlichen Fesseln zum Ziel, sondern sie wollen an die Stelle der Zollfesseln andere, und zwar wirkungsvollere setzen. Man könnte die Bildung der internationalen Kartelle sogar von dem Gesichtspunkt aus betrachten, daß die Industrien eine wirtschaftspolitische Verständigung befürchten und damit ihre Monopolstellungen gefährdet sehen. Würden die Zölle zwischen den europäischen Staaten abgebaut, dann ließe sich mancher Kartellpreis nicht mehr halten; infolgedessen erstrebt man einen internationalen Kartellpreis, auf den die Höhe des Zolles keinen Einfluß mehr hat. Um einer freihändlerischen Entwicklung auszuweichen, setzt man an die Stelle der nationalen internationalen Monopole.

Eine allmähliche Erniedrigung der Zollmannern würde zu einer starken Entfesselung des Wettbewerbes führen, dadurch würden die unproduktiven Unternehmungen verschiedener Länder ausgeschaltet; die Verbraucher könnten den Vorteil davon haben, daß nur noch die rentabelsten, am billigsten arbeitenden Betriebe übrigbleiben. Die internationalen Trusts werden auch Stilllegungen durchführen, aber die stillgelegten Betriebe werden durch die Hochhaltung der Preise Entschädigungsrenten bekommen.

Die internationalen Kartelle wird man infolgedessen nur mit rohen Einschränkungen als eine Annäherung an eine paneuropäische Wirtschaftsverständigung ansehen können. Jedenfalls aber bekommt durch diese Entwicklung das Zollproblem eine völlig andere Gestalt. Die Handelspolitik muß in großem Maße abgelöst werden durch eine Kartellpolitik, die zugleich auch sozialpolitische Tendenzen mitverfolgt.

Von den Gewerkschaften sind seit Jahren Forderungen erhoben worden, die einen Ausbau der Kartellgesetzgebung anstreben. Die Erfüllungen dieser Forderungen werden immer zögerlicher, je mehr aus den nationalen internationalen Kartellen werden.

Die Industrie ballt sich in neuen großen Konzernen und Kartellen zusammen. Das bedeutet zugleich eine Stärkung ihrer Markt-

stellung. Im Kampf um die Preise und Löhne hat sie viel größere Aussicht, ihre Meinung durchzusetzen als früher. Und da wir damit rechnen müssen, daß unter den industriellen Führern immer wieder viele kurzfristige Naturen sein werden, ist es sicher, daß auch der Kampf gegen den sozialen Fortschritt und gegen die Gewerkschaften durch diese Machtgebilde immer wieder verfrachtet werden wird.

Was bleibt als mögliches Gegenmittel? Sollen wir auf den Staat hoffen, der doch immer zugleich auch von diesen kapitalistischen Machtgebilden mitbestimmt sein wird, und je stärker diese Gebilde sind, um so mehr? Das erste und wichtigste ist eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Der Machtzuwachs der industriellen Organisation stellt die staatliche Wirtschaftspolitik vor ganz neue Aufgaben. Diese werden überhaupt nicht in Angriff genommen werden, wenn nicht die Arbeitnehmermacht gestärkt wird. Man muß sich wundern, daß gegenüber der ungeheuren Machtbildung auf der Seite der Arbeitgeber bei den Arbeitnehmern nach wie vor eine große Lässigkeit und Gleichgültigkeit besteht, die sich in dem Riesenheer der Unorganisierten ausdrückt. Erstarkt nicht die Gewerkschaftsbewegung, dann werden die Arbeitnehmer sowohl als Lohnempfänger wie auch als Verbraucher eines Tages wehrlos der organisierten Unternehmermacht ausgeliefert sein.

Steigende Unfallziffern

Eine außerordentlich bedenkliche Auswirkung der heutigen übertriebenen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist die Steigerung der Unfallziffern. Einen bezeichnenden Beleg in letzterer Hinsicht bietet der Bericht über die Verwaltung der Schlesienschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft für 1925. Nach dem Bericht betrug die Zahl der Versicherten 73 299 gegen 75 414 i. J. 1924. Das ist eine Abnahme um 2115. Die Zahl der Unfälle aber weist demgegenüber eine beträchtliche Steigerung auf. An Unfällen wurden im Jahre 1925 gemeldet 7083 gegen 5461 im Vorjahre. Das ist eine Steigerung von 1442. Während im Jahre 1924 auf je 1000 Versicherte 74,80 Unfälle verzeichnet waren, waren es im Jahre 1925 96,63. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle betrug 589 gegen 435 in 1924. Gestorben wurden 36 Versicherte, völlig erwerbsunfähig 3 und teilweise erwerbsunfähig 550 Versicherte. Die Gesamtzahl aller Verletzten, die im Jahre 1925 Entschädigungen erhielten, betrug 5369 gegen 4933 im Vorjahre, das sind 436 mehr.

Das ist eine Berufsgenossenschaft unter vielen. Wie es in den Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften aussieht, das beweist die gewaltige Zunahme der Entschädigungsfälle, die nicht durch Erhöhung der Renten, sondern durch die höhere Zahl der Unfälle verursacht ist.

Es wird hohe Zeit, daß die Arbeiter sich um diese Seite der Nationalisierung etwas mehr kümmern und durch Anschluß an die christlichen Gewerkschaften der berechtigten Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit möglichst Nachdruck verleihen.

Sie wollen mitarbeiten

Nämlich die Arbeitgeberverbände bei der Lösung der Arbeitszeitfrage. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Beteiligung der Reichsminister Dr. Brauns, Dr. Curtius, Dr. Stingl, Dr. Krohne und Dr. Haslände fand in der Reichskanzlei mit den Vertretern der deutschen Arbeitgeberverbände eine eingehende Aussprache über den Entwurf des Arbeitszeitgesetzes, namentlich über die Frage der Arbeitszeit statt. Seitens der Reichsregierung wurde darauf hingewiesen, daß sie vor eigener Entschließung besonderen Wert darauf lege, diese überaus bedeutungsvollen sozialen und wirtschaftspolitischen Probleme in eingehenden Aussprachen mit den berufenen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer Klärung nahe zu bringen. Seitens der Ver-

treter der Wirtschaft wurde unter Betonung des Willens zur befriedigenden Lösung der Arbeitszeitfrage beizutragen zu wollen, darauf hingewiesen, daß bei der Regelung der Arbeitszeitfrage auf die noch keineswegs gesicherte allgemeine Wirtschaftslage sowie auf die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen entsprechende Rücksicht genommen werden müsse. Der Reichskanzler hat die Stellungnahme der Reichsregierung vorbehalten.

Das klingt ja immerhin erfreulicher als die letzten Auslassungen der Arbeitgeberverbände, die absolut nicht von sozialer Auffassung zeugten. Nach welcher Seite sich jedoch die Mitarbeit zeigen wird, steht noch dahin. Ob sie von hervorragenden Kreisen im sozialen Sinne ausgelegt wird, darf mit großen Fragezeichen vorläufig noch versehen werden. Die Arbeiterschaft hat ihr Schicksal in eigener Hand. Sie selbst muß mitwirken, sonst ist der sogenannte Erfolg nur ein Scheinerfolg.

Sozialpolitik

Pausen während der Schicht

In letzter Zeit ist von der deutschen Industrie viel von der Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft gesprochen worden. Leider steht die Praxis in den Betrieben zu den Reden der Industrieführer meist in Widerspruch. Die Behandlung der Arbeiter scheint um so schlechter zu werden, je mehr man oben von Zusammenarbeit redet. Unter Nationalisierung der Betriebe versteht man meistens ein geradesummes, unumstößliches Auspressen der Arbeiter. Die Vereinigung bayerischer Arbeitgeberverbände sagt in einer Eingabe vom 12. August 1926, daß nicht mit den verfeinerten Mitteln subtilster Dervevollkommenung der Betriebsanrichtungen die technischen und wirtschaftlichen Leistungen gesteigert werden können, sondern nur durch Herausheben des Keuferkes aus der menschlichen Arbeitskraft.

Nach diesem billigen und bequemen Rezept wird besonders in der Eisenindustrie gearbeitet, arbeiten ist schon nicht mehr zu nennen. Immer neue Steigerungen ist dort der Pol, um den sich alles Sinnen und Trachten der Werksleiter dreht. Für diesen Rekordwahnsinn werden auch die Arbeiter durch Ausspielen der Leistungen der Belegschaften zu gewinnen versucht. Wo das nicht hilft, wird die Akkordhöhe in Tätigkeit gesetzt. Dazu stellt man fast hinter jeden Arbeiter bestmögliche Anreize, von denen einmal festgesetzt werden müßte, zu welcher Organisation sie gehören; dazu zwingt man die Arbeiter unter Hinweis auf das Strafmaß und die Gemeinwohlgefährdung zu Überstunden und Sonntagsarbeit. Samstag-Nachschichten werden in der Regel bis Sonntagmorgen 9 oder 10 Uhr ausgedehnt, nicht selten bis über den Sonntag hinaus. Ein Werksektionen von der Arbeitsebene möchte man am liebsten unterbinden und selbst die eingeleiteten Pausen besitzeln. Nicht selten sind die Fälle, in denen die ganze Dauer der Pausen, einschließlich der Mittagspause, bei 12stündiger Schicht nur eine Stunde beträgt, dabei wird sehr noch so kurze Unterbrechung des Arbeitsganges als Pause gewertet. In der Nachschicht wird den Produktionsarbeitern oft nicht einmal eine größere Pause zur Einnahme des Essens gewährt. Akkordbeurteilungen sind oft das Mittel, die Arbeiter selbst zum Verzicht auf die Pausen zu zwingen.

Gewiß sind die Arbeiter selbst an diesen Zuständen nicht ganz unschuldig. Sie glauben und glauben auch heute noch vielfach, ohne Organisation auskommen und liefern sich damit skandalös der Brutalität der Wirtschaft an ihrer Spitze aus. Eine solche Arbeitsmethode, wie sie zurzeit besteht, wird,

Bedeutungsvolle Worte — und die Praxis?

„Vorbeigerangen sind wir bisher an dem einseitigen Faktor jedes Produktionsprozesses, dem Menschen. Die Einsichtigen unter uns, und vor allem die, auf denen die Verantwortung besonders schwer lastet, sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir in der Arbeitszeitfrage festgelaufen sind. Seit Jahren sind Versuche von hohen Stellen, von Berufenen und Unberufenen und von Organisationen unternommen worden. Wir müssen feststellen, daß wir um keinen Schritt weitergekommen sind.“

Die große Masse unserer Arbeiter, und ich muß hinzufügen auch unserer Angestellten, steht dem Werk und dem Prozeß im Werk fremd, sogar feindlich gegenüber. Was hilft es uns, wenn wir uns bemühen, die Hüttenbetriebe stets von dem hohen Stand der Technik zu unterrichten? Was hilft es, wenn die Hüttenleute die Kenntnisse, die sie gewinnen, möglichst schnell in die Tat umsetzen, wenn ein so gewaltiger Faktor, wie die Arbeiterschaft, nicht innerlich an ihren Arbeiten teilnimmt?“ Generaldirektor Bögl er.

Vom Riesenpan zur 5000erzigen Halbwattlampe

Von Oberingenieur Förster.

(Schluß.)

Am 19. September 1827 brannten nichtabstimmbarer in Berlin auf der Straße Unter den Linden zum ersten Male Gaslampen. Bald folgten diesem Beispiele andere Großstädte, so Dresden, Frankfurt a. M., Leipzig, und im Jahre 1850 besaßen bereits die meisten größeren Städte Deutschlands Gasanlagen zur öffentlichen Beleuchtung der Straßen und Plätze, wofür sich das Steinkohlengas als Brennstoff auch besser als Oel und Petroleum eignete, um so mehr, als der ganze Betrieb hier von einer Zentrale, des Gasanstalts, aus geregelt und unterhalten wurde.

Die Brenner, aus denen bis in der Zentrale unter beständigem Druck lebende Steinkohlengas zur leuchtenden Flamme ausströmte, wurden zuerst aus Metall, später aus Porzellan und zuletzt aus Speckstein hergestellt. Analog der Entwicklung des Brenners bei den Lampen vom Flachbohr zum Rundbohr (Argand) vollzog sich auch beim Gaslicht bald der Übergang vom ursprünglichen Flach- und Schnittbrenner zum Rundbrenner (Argandbrenner).

Erwähnt sei hier noch das Delgas, welches hauptsächlich zur Beleuchtung der Eisenbahnwagen und der Seescheiden, wie Leuchttürme, Bojen usw., Verwendung fand. Außer dem Delgas wurden aber auch andere Gasarten, wie Wasserogas, Holzgas, Luftgas, Gasolin, Acetylen und Mischgas u. a. m., zur Beleuchtungszwecken herangezogen und verwandt.

Das Jahr 1867 brachte uns die Entdeckung des dynamoelektrischen Prinzips durch Werner v. Siemens, und bald trat die elektrische Vogenlampe mit dem seit 1816 bekannten Davy'schen Lichtbogen als erste Starlichtquelle bei unterer öffentlicher Beleuchtung in außerordentlich Weise in Wettbewerb, nachdem sie durch das verdienstvolle Wirken v. Hefner-Altenecks zu einer sich selbst regulierenden, praktisch brauchbaren Lampe entwickelt worden war. Bald folgte (1878) die erste elektrische Glühlampe, als deren Erfinder der Amerikaner Thomas Alva Edison gilt, obwohl bereits vor ihm ein Deutscher, namens Goebel (1846—1874), sowie die Amerikaner Sawyer und Man (1877) elektrische Glühlampen und besonders schon Kohlenfaden-Glühlampen vorgefertigt und zum Patent angemeldet hatten.

Mit der Einführung der elektrischen Lichtquellen, der Vogenlampe und der Glühlampe, begann eine neue Ära des Beleuchtungswesens. Ein gewaltiger Konkurrenzkampf auf allen Licht- und Beleuchtungstechnischen Gebieten setzte ein, der in der Hauptsache als ein Kampf, als ein gigantisches Ringen um die Erfindung und die Gleichberechtigung zwischen der Gasleuchte und der elektrischen Leuchte geführt wurde, und der sich auch heute noch mit jeder Energie vor unseren Augen abspielt. Dieser Konkurrenzkampf hat eine so stattliche Reihe neuer und immer besserer, wirtschaftlicher Lichtquellen zutage gefördert, daß es

unmöglich ist, im Rahmen dieses Aufsatzes jede einzelne dieser Lichtquellen zu beschreiben und sie ihrer Bedeutung entsprechend kritisch zu würdigen.

Hervorzuheben wäre an dieser Stelle noch, daß sehr bald nach der Einführung der elektrischen Glühlampe auch Elektrizitätswerte entstanden, welche die Elektrizität (elektrischen Strom von bestimmter Spannung), ebenso wie die Gasanfälle das Gas unter bestimmtem Druck, zu Beleuchtungs-, Kraft- und Heizwecken an Private nach einem herauskulturierten Tarif abgaben, bei der Wirtschaftlichkeit der Erzeugungsanlage verhängt.

Im Jahre 1885 meldete Auer v. Welsbach sein Gasglühlicht-Patent an, aber erst im Jahre 1891 erschien nach Abtuhlung langwieriger, eingehender Verhandlungen das erste Gasglühlicht mit dem Glühstrumpf aus den Oxiden der seltenen Erden, des Thoriums und des Zeriums. Von diesen ist das erstere als der Träger der Strommasse anzusehen, während das letztere, nur in wenigen Prozenten dem Thorium zugesetzt, das leuchtende oder richtiger das lichtverfärbende Agens darstellt. Mit dem Glühstrumpf brachte uns der gewaltige Aufschwung, den unser Beleuchtungswesen in den letzten Jahrzehnten genommen hat, bald eine Reichhaltigkeit an künstlichen Lichtquellen für Gas und Elektrizität in stetem Wettbewerb, eine Reichhaltigkeit, die bis heute allmählich schier unübersehbar geworden ist. Fast schien es anfangs eine Zeitlang, als ob das Gaslicht dem elektrischen Licht den Rang ablanken würde, denn durch die Auer'sche Erfindung gewann das erstere einen bedeutenden Vorsprung. Da traten aber fast gleichzeitig mit Beginn des neuen Jahrhunderts die ersten elektrischen Metallfaden-Glühlampen (Diamantlampe) und die Flammenbogenlampe (Bremerschicht) auf den Plan, wodurch die Aussichten für das elektrische Licht im Konkurrenzkampf um die Palme in unserem Beleuchtungswesen eine erhebliche Verbesserung auf der ganzen Linie erfuhren. Insbesondere auch die Gasglühlampe waren nicht müde, sie bemühten sich redlich, den verlorenen Vorsprung wiederzugewinnen. Aber der Kampf wurde doch zu ungleich. Man begnügte sich schließlich damit, in gewissen Gebieten Gas und Elektrizität als Parität zu behandeln, und heute sehen wir überall Gaslicht und elektrisches Licht freundschaftlich nebeneinander, häufig sogar das eine als Ersatz für das andere an denselben Beleuchtungskörper, für den Fall, daß mal das Elektrizitätswert die Stromlieferung oder die Gasanfälle die Gaslieferung einstellen sollte. Auch in unserer öffentlichen Beleuchtung finden wir ganze Straßenzüge in elektrischem Vogenlicht oder hochwertigem Glühlicht, andere dagegen in höherem Gaslicht erstrahlen.

Der Vollständigkeit halber sei auch die Nernstlampe (1898) erwähnt, die wir in unseren Beleuchtungsanlagen nur als vorübergehende Erscheinung kennen gelernt haben, die aber als Projektionslampe auch heute noch nachdrücklich ihre Erstlingsberechtigung behauptet. Es seien hier ferner die beiden Quecksilberlampen, die Quarzlampe und die Cooper-Hewitt'sche Quecksilberlampe mit ihrem grünlich-blauen und ultraviolett Licht, erwähnt, die wohl nur für wenige bestimmte Beleuchtungszwecke, wie für maritime Lichtsignale, für Kellerecke, für Photographie hat besonders in der Licht-

therapie (Verstrahlungen, Höhenlampe) Verwendung finden. Weiter ist hier das Moorelicht (Wakuumröhrenlicht) zu nennen, das uns nach seinem ersten Auftreten um die Jahrhundertwende herum bald wieder verlassen, heute aber in den Argandbus-Meon-Leuchtröhren für Lichtstromzwecke eine herrliche und unerwartete Wiederauferstehung erfahren hat. Die an Stelle des Edelgases Neon mit einem Kohlenäuregas (Kohlenoxyd CO₂) gefüllten Argandbus-Leuchtröhren ergeben ein für Farbenerkennung und Farbenunterscheidung nicht zu überbietendes künstliches Tageslicht.

Auch die Lampen für flüchtige Brennstoffe haben durch die Auer v. Welsbach'sche Erfindung eine sehr wesentliche Verbesserung erfahren. Wir haben das Petroleum-, Benzin- und das Spiritus-Glühlicht kennen und schätzen gelernt, bei dem der flüchtige Brennstoff vorher in besonderen Vorrichtungen verdunstet und dann als Leuchtgas dem mit einem Zuerischen Glühstrumpf ausgerüsteten Spezialbrenner zugeführt wird.

Das Gaslicht in allen seinen verschiedenen Formen und Entwicklungsstufen finden wir neben der Petroleumlampe ebenso wie neben der modernsten elektrischen Wendelröhre (Spiralröhre) Glühlampe heute noch hier und da vor.

Unter den heute gebräuchlichen elektrischen Glühlampen ist in Anlaß mit niedrigerem Strompreis und in rauen Betrieben sowie für Arbeits-Handleuchten die Kohlenfadenlampe in Lichtstärken von 5, 10, 16, 25 und 32 Hk noch anzutreffen, weil sie widerstandsfähiger ist gegen starke Erschütterungen und ähnliche Beanspruchungen, als die niederkerigen Wolfram-Drablampen mit ihrem Leuchtdruck von einigen Tausendel Millimeter Durchmesser, die für Lichtstärken von 25, 32, 50 und 100 Hk erhältlich sind. Für höhere Lichtstärken bis über 500 Hk kommt dann die ausgereifte Wendelröhre-Lampe in Betracht, die in Größen von 25 bis zu 3000 Watt in 14 Abstufungen hergestellt wird und in ihren größeren Einheiten einen spezifischen Stromverbrauch von im Mittel etwa 0,55 Watt pro Hefnerkerze aufweist und die deshalb allgemein als hochkerzige Halbwattlampe bezeichnet wird.

Die neueste Schöpfung der Glühlampen-Industrie ist die von der Osram-Gesellschaft herausgebrachte luftleere Osram-M-Lampe, eine Stablampe, die als normalisierte (genormte) Einheits-Wendelröhrenlampe in Größen von 15, 25, 40, 60 und 100 Watt entprechend etwa 10, 16, 32, 50 und 100 Hk bereits auf dem Markt erschienen ist.

Ein gewaltiger Weg vom Riesenpan zur hochkerzigen Halbwattlampe. Die ganze Kulturgeschichte der Menschheit wird von ihm durchgemessen. Wer je etwa in einem Waldbauernhaus des Riesengebirges an trübem Tage noch ein paar Riesenpanbündel von Großvaters Zeiten her, samt dem Spanhalter vom Boden geholt hat, um sich den Herdwinkel der Bauernküche aufzuhellen, wer dann am anderen Abend in einem von hellem Lichtglanz durchfluteten Festsaal der Großstadt gewelt hat, der hat am Anfang und am Ende dieses Jahrtausendweges gestanden.

bleibt aber nicht in den Kleidern haften, sondern muß zu schweren Gesundheitschäden führen. Hier muß unbedingt eine Änderung angestrebt werden. Die jetzige Arbeitsweise neigt sich schon stark den Zuständen, wie sie vor Erlaß der Bundesratsverordnung vom Jahre 1909 befanden. Der Christliche Metallarbeiterverband hat damals zwar jahrelang kämpfen müssen, bis sie erreicht war, aber sie brachte dann wenigstens für die Arbeiter eine Erleichterung in bezug auf Pensionen.

Ohne Organisation ist auch heute Leben und Gesundheit der Arbeiter auf die Dauer nicht zu sichern. Nach einer Statistik des Reichsarbeitsministeriums werden von 100 Arbeitern in der Schwerindustrie nur 21,8 über 40 Jahre alt, mögen die Arbeiter und ihre Familien daraus lernen.

Beginn und Ende des Weges nach und von der Arbeitsstätte

Der Begriff des „Weges nach und von der Arbeitsstätte“ im Sinne der Unfallversicherung hat durch eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 12. August 1926 eine nicht unbeachtliche Erläuterung gefunden.

Nach dieser Entscheidung ist aus der Fassung des Par. 545a der Reichsversicherungsordnung, nach welcher als Beschäftigung im Betriebe auch der Weg nach und von der Arbeitsstätte zu gelten hat, zu folgern, daß das Wort „Weg“ hier nicht im Sinne von Straße, Landstraße und dergleichen gebraucht ist, sondern als eine Bestätigungsform, und zwar als die Bestätigungsform des Sichfortbewegens auf ein bestimmtes Ziel hin. „Weg“ in diesem Sinne bedeutet allgemein das Sichhinbegeben zur Arbeitsstätte. Ein solcher Weg ist nicht ohne weiteres an allgemein benutzte oder gar öffentliche Straßen gebunden, sondern kann auch gegebenenfalls außerhalb derselben zurückgelegt werden. In diesem Sinne kann der Weg nach der Arbeitsstätte auch auf einem umfriedeten Grundstück oder innerhalb eines Gebäudes anfangen. Voraussetzung für die Tätigkeit ist grundsätzlich, daß der häusliche Wirkungsbereich verlassen und der Weg in der Richtung auf die Arbeitsstätte angetreten ist. Dies entspricht durchaus dem deutschen Sprachgebrauch, auf den bei Auslegung des Gesetzes entscheidendes Gewicht zu legen ist. Nach allgemeiner Sprachübung befindet sich jemand nach Verlassen seiner Wohnung auf der Treppe eines Hauses „unterwegs“ oder „auf dem Wege“ zu irgend einer Tätigkeit. Diese Annahme wird überall da gerechtfertigt sein, wo es sich um Häuser mit einzelnen, in verschiedenen Stockwerken befindlichen abgeschlossenen Mietwohnungen handelt.

Anlaß zu dieser Begriffsbestimmung gab das Reichsversicherungsamt gab folgender Fall: Ein Arbeiter wollte frühmorgens sein Fahrrad nach Verlassen seiner Wohnung von einem Vorplatz im Treppenhaus die Treppe hinunter nach dem Hof tragen, um sich zur Arbeitsstätte zu begeben, glitt dabei aus und brach den linken Unterschenkel.

Während die zuständige Berufsgenossenschaft das Vorliegen eines Betriebsanfalls verneinte, erkannte das Reichsversicherungsamt die Verletzung als einen auf dem Wege nach der Arbeitsstätte erlittenen Betriebsanfall an.

Was weiterhin den Weg von der Arbeitsstätte nach Hause anbelangt, so ist dies nach allgemeinem Sprachgebrauch in der Wohnung des Arbeitnehmers. Sobald er diese betreten hat, ist der Weg beendet und die Tätigkeit, welche ein Arbeiter in der Wohnung vornimmt, kann grundsätzlich nicht mehr dem Heimwege zugerechnet werden. Diese Bestätigung ist persönlicher und privatrechtlicher Art, so daß sie von dem Versicherungsschutz nicht mehr erfaßt wird. Sie würde nur dann noch unter den Unfallfällen fallen, wenn es sich um die Verwahrung von Arbeitsgerät oder um eine sonstige Beschäftigung mit diesem handelte.

Zu dieser Festlegung kam das Reichsversicherungsamt durch folgenden Fall: Ein Arbeiter vernachlässigte sichtlich dadurch, daß er, nachdem er seine Wohnung betreten hatte und in der Küche seinen Kaffee und seine Pektine aufhängen wollte, in der Dunkelheit in die offenstehende Kelleröffnung stürzte.

Das Reichsversicherungsamt verneinte das Vorliegen eines Betriebsanfalls, nachdem der Weg von der Arbeitsstätte mit dem Betreten der Wohnung beendet war und die Aufbewahrung von Kaffee und Pektine wohl eine zum Nutzen der häuslichen Ordnung vorgenommene Handlung, aber keine mit der Beschäftigung im Betriebe zusammenhängende Verwahrung von Arbeitsgerät darstellte.

Verbandsgebiet

Altsiedler. Im festlich geschmückten Saale des Rath. Vereinshauses beging am 31. Oktober unsere Verwaltungsstelle die 25. Wiederkehr jenes Tages, wo hier unter Führung von Joseph Leypke, (dem späteren, leider zu früh verstorbenen Führer unseres Verbandes in Düsseldorf) eine Ortsgruppe unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes gegründet wurde. Welche Entwicklung die damals aus vier Kollegen bestehende Ortsgruppe genommen hat, konnte man an der stattlichen Festversammlung sehen, die den äußeren Rahmen unserer Jubelfeier abgab, und in welcher Kollege Kirchner als Leiter der Feier neben den anwesenden Gründern Hüfmann, Haberhausen und Denecke auch einen Vertreter des Hauptverbandes, Kollegen Wagner, begrüßen konnte. Letzterer hatte die Festrede übernommen und verstand es ausgezeichnet, in seinen 14-minütigen Ausführungen nicht nur rückblickend die 25-jährige Tätigkeit unseres Verbandes zu schildern, sondern auch die großen Aufgaben zu zeichnen, die die neuzeitliche Entwicklung unseres Wirtschaftslebens an die gewerkschaftliche Organisation stellt, und die nur erfüllt werden können, wenn auch der letzte christlichnational gestimmte Metallarbeiter durch eifrige Mitarbeit im und am Verband zu erkennen gibt, als mutiger Streiter für die Rechte der Arbeiterschaft die immer mehr sich konzentrierende Verantwortung der Unternehmer zu brechen. Um dieses Ziel zu erreichen, war der Jubiläumstag eine Betriebsrat- und Bezirksdelegiertenversammlung am Sonntagabend und Sonntagvormittag, unter Leitung des Kollegen Schöppe vorausgegangen. Die auf der Tagesordnung stehenden Referate der Kollegen Wagner: „Vertretung und Kartellierung unseres Wirtschaftslebens und die hieraus sich ergebenden Aufgaben des Verbandes und unserer Betriebsräte“, Schöppe: „Geschäftsbericht des letzten Jahres“, Kirchner: „Einführung einer Altersversicherung in unserem Verband“ lösten eine mehr als dreißtstündige rege Aussprache aus, wobei aus allen Diskussionsreden der feste Wille sprach, den Werbemonat November mit einem vollen Erfolg abzuschließen. Im übrigen fand die Aussprache ihren Niederschlag in der Annahme folgender Entschlüsse:

Nach einer eingehenden Aussprache über ihre wirtschaftliche und soziale Lage erklären die christlich organisierten Metallarbeiter des Bezirks Hannover:

1. Die Steigerung der Arbeitsintensität, die Zusammendrängung der Arbeit sowie das Unvermögen der Arbeiter, bedingen eine sofortige angemessene Befürzung der Arbeitszeit sowie eine rückichtslose Befreiung der nicht dringenden notwendigen Überzeitarbeit. Dadurch ist auch die Arbeitslosigkeit zu mindern. Von der Reichsregierung und den Volksvertretern im Reichstag wird erwartet, daß sie die Forderungen der Gewerkschaften auf Verfürzung der Arbeitszeit durch gesetzliche Regelung sofort erfüllen.
2. Die langjährigen Entbehrungen der Arbeiterfamilien, die gesteigerten Ansprüche an die Arbeitskraft sowie die Belebung unserer Wirtschaft erfordern eine stärkere Kaufkraft der Arbeiterschaft. Dieses ist entweder dadurch zu erreichen, daß bei bleibendem Preise die Löhne erhöht, oder daß bei bleibendem Preise die Preise gesenkt werden.
3. Gewerkschaften und Betriebsräte sind nur dann in der Lage, die gestellten Aufgaben, die die neuen Verhältnisse durch Nationalisierung, Kartellierung, Vertretung und Kartellierung an sie stellen, zu erfüllen, wenn die Arbeiter wieder in geschlossenerer Weise in der gewerkschaftlichen Organisation zusammenarbeiten und hart mitarbeiten. Von den noch unorganisierten christlich-gläubigen Kollegen erwarten daher die Vertreter, daß sie dieser Notwendigkeit sofort nachkommen.

Woch. Beleg. Zu unserer Monatsversammlung im November hatten wir 14 Metallarbeiter des ev.-luth. Jungmännervereins eingeladen, die auch in großer Zahl erschienen waren. Die gemeinsame Versammlung fand des halb im Rath. Vereinshaus statt. Kollege Weißfogel aus Aue hielt einen Vortrag über „Christentum und Arbeiterbewegung“. Der Vortragende zeigte uns das soziale Werk des Christentums in der alten Zeit und behandelte die verschiedenen Stufen zwischen Christentum und Arbeiterbewegung. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß wir Gewerkschaften haben, sondern darauf kam es an, daß wir christliche Gewerkschaften haben. Die gesamte sozialistische

August Brust, der Pionier der christlichen Gewerkschaften

August Brust, dem Gründer des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und einem der größten Pioniere der christlichen Gewerkschaften ist vor kurzem auf dem Friedhofe in Essen ein Ehrenmal errichtet worden. Ein würdiger Stein, vielsagig aufwachsend, ein Kreuz in der Mitte und nichts anderes als der Name „August Brust“ darauf. Brust war der Eckstein einer Bewegung, die uns in der Anknüpfung unserer Bewegung auch ein starkes Ringen um die Grundanschauung bestanden hat, so dürfen wir aber auch sagen, daß auch in dunklen Tagen wir Kollegen Brust die Treue stets bewahrt haben.

Eine eindrucksvolle Feier am Grabe Brusts vereinigte vor einigen Tagen die Führer der christlichen Gewerkschaften, wo Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über „Brust als Führer“ eine bemerkenswerte Ansprache hielt, die wir in ihren hauptsächlichsten Teilen hier wiedergeben wollen:

Brusts Lebenswerk galt der Freiheit und Hebung des vierten Standes. Es fällt in die Zeit, da die Lohnarbeiter weder im Wirtschaftsleben, noch in Gemeinden und Staat, noch in der Gesellschaft die Geltung und die Rechte besaßen, die ihnen als Organ der Wirtschaft, als freie und gleichberechtigte Staatsbürger zukamen. Gesellschaft und Staat begünstigten sich mit Fürtoren für die Kranken und siechen Lage des Arbeiters und gewährten ihm darüber hinaus höchstens einigen Schutz gegen die Gefahren seiner Arbeit. Brust sah die Arbeiterfrage wesentlich anders. Er trat für die wirtschaftliche Selbsthilfe der Bergarbeiter ein; aber vor allem sollte ihr Aufstieg kein Werk der Gnade von seiten der Unternehmer oder des Staates sein, sondern von Rechts wegen erfolgen. Dieses Streben, dem Arbeiterstande mehr Rechte zu verschaffen, seine Selbstständigkeit herbeizuführen und zu wahren, drückte sich klar aus in der Art, wie er den Kampf um die Rechte der Arbeiter in der Knappschicht führte, wie er sich einsetzte für den kollektiven Arbeitsvertrag, wie scharf er sich manchmal gegen Leute wandte, die zwar nicht seine politischen Gegner waren, dagegen die Freiheit und Selbstständigkeit der Gewerkschaftsbewegung nicht recht zu werten verstanden.

Für die Erhebung des vierten Standes aus Not und Unselbstständigkeit hatten schon andere vor Brust gekämpft. Man braucht nur an die bekannten Führer der sozialistischen Bewegung zu denken. Aber die sozialistische Ideenwelt war nicht in der Arbeiterseele gewachsen. Sie wurzelte vielmehr in der materialistischen Philosophie des 18. und 19. Jahrhunderts. Der Lehrer des sozialistischen Klassenkampfes, Karl Marx, ist der Philosoph der materialistischen Geschichtsauffassung. Sein kommunistisches Manifest fand Anhang bei denjenigen Lohnarbeitern, die zwar vor Staate verlassen und vom Kapitalismus ausgebeutet, gleichzeitig aber auch religiös entwurzelt waren. Ganz anders war Brust geartet. Sein Trachten und Wirken entsprang ganz und gar aus der Arbeiterseele. Hinter ihm lag eine harte Jugend und ein Mannesalter voll schwerer Arbeit und Not. Seinem Stande aus diesem fürchterlichen Druke herauszuhelfen, das war sein Ziel. In trieben keine philosophischen Ideologien. Er vertröstete deshalb auch nicht auf irgendeine spätere bessere Zukunft. Er wollte praktische Gegenwartarbeit leisten. Deshalb hielt er auch nichts von revolutionären Ideen, sondern stellte sich entschlossen auf den Boden der gegebenen Tatsachen in Wirtschaft und Staat, um von da aus den Hebel für die Besserung der Arbeiterlage anzusetzen. Gewiß war auch Brust von einer Weltanschauung getragen, er war gläubiger Christ und Katholik. Aber niemals fiel es ihm ein, etwa aus der Weltanschauung heraus irgendeine Wirtschafts- oder Staatsform oder auch eine konkrete soziale Ordnung der Dinge zu konstruieren. Für ihn war das Christentum

Nichtschwur und Leitstern jeder wirtschaftlichen, sozialen und politischen Arbeit, ohne Rücksicht auf augenblickliche, dem Wechsel unterworfenen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen. Es wies ihm in seinem Streben lediglich den rechten Weg und ließ ihn deshalb den grundsätzlichen Klassenkampf und revolutionäre Tendenzen mit Nachdruck ablehnen.

Nichts lag Brust dabei ferner, als der Gedanke der Arbeiterzersplitterung. Der beste Beweis dafür ist sein ernstlicher Versuch, die immer größer werdende Abhängigkeit des sogenannten alten, von den Bergleuten des Ruhrreviers ursprünglich als neutral gebachten, Bergarbeiterverbandes von der Sozialdemokratischen Partei zu beseitigen. Erst als diese seine ernstlichen Bemühungen fehlschlugen, wandte er sich dem Gedanken einer Neugründung zu. Und ein anderes noch beweist ganz klar, daß er kein Hindernis der Einigung der Arbeiter in wirtschaftlichen Fragen war. Er war es, der nach den trübten Kulturkampfjahren, die nicht zuletzt unter der Arbeiterschaft des Ruhrgebietes scharfe konfessionelle Gegensätze hervorgerufen hatten, mit aller Entschiedenheit für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung der katholischen und evangelischen Bergarbeiter eintrat. Er tat das viel nachdrücklicher, als etwa die christlich-soziale Bewegung vor ihm, der er ebenfalls angehört hatte. Die letztere war vorwiegend eine Sache der Katholiken, die die evangelischen Arbeiter nicht ausschloß. Brust ging weiter und verlangte, daß der Vorstand des Gewerkschaftsvereins zu gleichen Teilen aus katholischen und evangelischen Arbeitern zusammengesetzt würde, und daß auch der erste und zweite Vorsitz unter den beiden Konfessionen zu verteilen sei. Auch das Zusammenwirken der beiden Konfessionen in der Gewerkschaft war ihm eine Rechtsfrage und mit ganzer Seele hat er diesen Gedanken bis zu seinem Lebensende verkostet. Das war damals eine Tat! Der später folgende Kampf zwischen Gewerkschaften und Fachabteilungen konfessioneller Vereine hat die Tragweite dieser Brustschen Tat ins hellste Licht gerückt. Heute sehen wir klar, wie bedeutungsvoll diese Tat nicht bloß für die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, sondern auch für das politische Leben in Deutschland und seine weitere Entwicklung geworden ist.

Heute erleben die christlichen Gewerkschaften schon eine Zeit der Ernte. Das Lebenswerk Brusts war Ausaat. Es war ein schweres Unternehmen, das nur aus Gottes Vorsehung und aus der Begeisterung des Herzens, weniger aus menschlicher Ueberlegung geboren und durchgeführt werden konnte. Eine Welt von Feinden stand ihm gegenüber. Wie kam es, daß Brusts Werk doch gelang? Der Idealismus der Gründer der Bewegung war daran schuld! Ihnen war die Bewegung nicht nur ein Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit. Ihr Ringen galt höheren Idealen, der Erhebung der Arbeiterschaft, dem sozialen Frieden, dem Volkswohl, der Religion! Und für diese hohen Ideale hat Brust mit seinen Freunden auch große persönliche Opfer gebracht. Für sich hat er keinerlei Gewinn erstrebt, er wollte nur der Sache dienen.

Er kämpfte deshalb ebenso entschieden und mutig für seine christlichen Ideale wie für seine Gewerkschaftsbewegung. Er war ein Mann aus einem Guss. Für die Not seiner Mitmenschen hätte er ein offenes Herz und half, soweit er nur konnte. Auch dem Menschen Brust bewahren wir deshalb ein freundliches und christliches Andenken, das wir hier an seinem Grabe ausklingen lassen in dem herzlichsten Gebet:

Herr, gib ihm die ewige Ruhe, und das ewige Licht leuchte ihm!

Arbeiterbewegung sei antireligiös. Auch die religiösen Sozialisten seien eine Gefahr, denn eher als die Sozialisten zum Christentum zurückkehrten, würde es dahin kommen, daß die den religiösen Sozialisten anhängenden christlich gestimmten Arbeiter zu Christentumsfeinden erzogen werden. Eine weitere Gefahr bestiehe darin, daß namentlich auf evangelischer Seite Massen von christlichen Arbeitern, darunter wirklich ernste Christen, sich von der Öffentlichkeitsarbeit zurückziehen. Wir sollten nicht nur für uns unter gutes Eigenleben führen, sondern im Verein mit Gleichgesinnten unter Christentum und anderen Glauben durch Taten zeigen. Entes tun heiße nicht nur, Bedürfnisse in Anstalten der Liebe sammeln und dem Bettler ein Almosen geben; Gutes tun verlangt von uns noch mehr, er müsse auch das erhabene Bestreben umfassen, bessere und gerechtere wirtschaftliche und soziale Lebensformen herbeizuführen, um der Not vorzubeugen. Erst das sei wahre christliche Nächstenliebe. Wie Jesus einst dem ungläubigen Thomas durch sichtbare Zeichen zum Glauben verholfen habe, so müßten auch wir als Christen den fernstehenden Arbeitern zeigen, daß Christentum Zuträgung sei. Sowit würden uns einst in der Unwissenheit diese Leute anfragen und mit Recht fragen: Wir haben nicht gesehen, daß es Christen gab; hätten wir ihre Werke gesehen, dann würden wir geglaubt haben. Die uns in dieser Hinsicht auferlegte Verantwortung müßte uns anspornen, durch die Mitgliedschaft in den christlichen Gewerkschaften unserem Glauben die Worte folgen zu lassen. In der Aussprache hob Herr Schmidt, der Hausvater, hervor, wie er als guter Bekannter Stroeders und Hodelschwings, denen der Redner besonders gedacht hatte, ein Freund der christlichen Gewerkschaften sei. Es komme jetzt darauf an, daß die evangelische Arbeiterjugend des Bezirks den Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften ihren Willen zu Tat bekunde. Der Verlauf der ganzen Versammlung berechtigt zu der Hoffnung, daß hier ein Samenfeld gelegt worden ist, das in absehbarer Zeit reichlich Frucht bringen wird.

Geldeingänge

Geldeingänge bei der Hauptkasse im Monat Oktober.

- Aalen 22. 10. 178,10 M., Alzen 1. 10. 400, 19. 10. 1000, 22. 10. 617 M., Altdorf 11. 10. 217,45 M., Amberg 13. 10. 408,80, 30. 10. 1000 M., Aue 18. 10. 91,68 M., Augsburg 18. 10. 1200, 29. 10. 403,68 M., Barmen 5. 10. 30, 7. 10. 250, 11. 10. 150, 18. 10. 236,97, 27. 10. 200 M., Barmen 15. 10. 20,77 M., Bielefeld 19. 10. 28,17 M., Berlin 26. 10. 687,03 M., Bielefeld 12. 10. 68,35 M., Bielefeld 11. 10. 250, 20. 10. 400, 23. 10. 260 M., Bielefeld 10. 10. 101,65, 22. 10. 322,15 M., Bocholt 28. 10. 254,47, 18. 10. 500 M., Bochum 19. 10. 1864,46 M., Bonn 6. 10. 100, 9. 10. 120, 18. 10. 85, 18. 10. 130 M., Braunschweig 27. 10. 147,75 M., Bremen 11. 10. 100, 26. 10. 100 M., Bremerhaven 5. 10. 21,90 M., Breslau 18. 10. 398,23 M., Cappel 18. 10. 50 M., Epenitz 21. 10. 211,02 M., Elmsfeld 7. 10. 22,85 M., Delfen 12. 10. 37,65 M., Dillenburg 11. 10. 100 M., 26. 10. 299,31 M., 28. 10. 400 M., Dortmund 22. 10. 2600, 18. 10. 108,78 M., Duderstadt 2. 10. 80,45, 18. 10. 44,30 M., Duisburg 15. 10. 5728,40 M., Düren 20. 10. 700, 29. 10. 516, 78 M., Düsseldorf 14. 10. 2749,18 M., Elmshausen 13. 10. 196,96 M., Ebing 18. 10. 328,42 M., Erfurt 18. 10. 66,25 M., Eschweiler 20. 10. 581,60, 20. 10. 184,40 M., Essen 11. 10. 2000, 26. 10. 2645,75 M., Flensburg 23. 10. 48,25 M., Frankfurt 13. 10. 461 M., Fürstwalde 30. 10. 25 M., Garmisch 20. 10. 80,50 M., Gelsenkirchen 15. 10. 1153,78 M.,

- Geselsberg 13. 10. 68,87, 18. 10. 104,33 M., M. Glabbach 14. 10. 1135, 18. 10. 572,16 M., Glas 13. 10. 21,59 M., Gleiwitz 14. 10. 170 M., Gletlich 5. 10. 74,30 M., Grevenbrunn 20. 10. 250 M., Güttenbach 18. 10. 124,85 M., Hagen 7. 10. 450, 19. 10. 578,06 M., Hamborn 11. 10. 450, 15. 10. 684,82 M., Hamburg 19. 10. 136 M., Hamm 6. 10. 500, 27. 10. 647,64 M., Hannover 13. 10. 400, 27. 10. 200, 28. 10. 61,12, Heiligenstadt 19. 10. 16,85, Hilden 18. 10. 1061 M., Hildesheim 11. 10. 215,75, 14. 10. 600 M., Hindenburg 1. 10. 250 M., Höchst 1. 10. 139,25 M., 18. 10. 300 M., 22. 10. 250 M., 30. 10. 350 M., Hörde 13. 10. 500, 18. 10. 355,42 M., Hörter 21. 10. 29,55 M., Hunsrück 19. 10. 375 M., Jauer 19. 10. 95,20 M., Jerschlohn 14. 10. 206,40 M., Kaiserlautern 7. 10. 226,82, 26. 10. 207,53 M., Kempen 14. 10. 400, 29. 10. 210 M., Kiel 14. 10. 350 M., Köln 18. 10. 1753,60, 18. 10. 2500 M., Königsherg 20. 10. 22,75 M., Krefeld 18. 10. 655,17 M., Kückin 8. 10. 135,80 M., Leipzig 15. 10. 120, 19. 10. 330 M., Lippstadt 5. 10. 100, 11. 10. 125, 14. 10. 200, 18. 10. 500 M., Lüdenfeld 1. 10. 100, 18. 10. 350 M., Lubminshaven 19. 10. 1482,71 M., Malmsüß 25. 10. 3,30 M., Mannheim 11. 10. 220, 12. 10. 100, 16. 10. 100, 25. 10. 150, 28. 10. 100 M., Markrednis 15. 10. 136,35 M., Mecklenburg 15. 10. 404,27 M., Meissen 9. 10. 54,10 M., Minden 16. 10. 1910,20, 25. 10. 800 M., Mettmann 19. 10. 743,94 M., Mühlhausen 12. 10. 63,81 M., Mühlheim 1. 10. 150, 1. 10. 1100, 15. 10. 1303,55 M., München 12. 10. 257,15, 13. 10. 300 M., Münster 16. 10. 1053,94 M., Neheim 21. 10. 1560 M., Neife 18. 10. 41,20 M., Nentaf 11. 10. 300, 22. 10. 109,10, 25. 10. 250 M., Nürnberg 12. 10. 400, 18. 10. 1478,29 M., Oberach 25. 10. 58,55 M., Oberhausen 7. 10. 300, 18. 10. 300 M., Offenbach 18. 10. 450 M., Oker 18. 10. 168,66 M., Olpe 21. 10. 1045,93 M., Olsberg 13. 10. 300, 14. 10. 295, 15. 10. 200, 29. 10. 342,52, 30. 10. 195 M., Osnabrück 28. 10. 1618,32 M., Pappenburg 27,31 M., Primmernau 18. 10. 82,44 M., Regensburg 12. 10. 229,24, 23. 10. 188,28 M., Riefel 23. 10. 6,40 M., Rodorf 13. 10. 9,79 M., Saalfeld 30. 10. 16,74 M., Schönaich 11. 10. 58,21 M., Schönwald 11. 10. 26,86 M., Schweidnitz 16. 10. 54,57 M., Schweinfurt 7. 10. 1710,35, 26. 10. 1000 M., Schwelm 14. 10. 281 M., Siegen 20. 10. 734,12, 21. 10. 250 M., Solingen 15. 10. 1000, 19. 10. 965,93 M., Sömmerda 7. 10. 105,85 M., Stertrade 30. 10. 550 M., Stollberg 28. 10. 982,50 M., Stuttgart 6. 10. 100, 11. 10. 89,40, 20. 10. 1003,60 M., Trierberg 13. 10. 42,55 M., Turtlingen 29. 10. 263,39 M., Treisberg 18. 10. 689,80 M., Urm 14. 10. 371,64 M., Velbert 5. 10. 278,50, 18. 10. 1473,62 M., Willingen 27. 10. 317,70 M., Wippenbach 18. 10. 95,25 M., Waldkirch 25. 10. 57,49 M., Warstein 21. 10. 81,35 M., Werthel 23. 10. 886,07 M., Wilhelmshaven 27. 10. 197,60 M., Wismar 11. 10. 20,35 M., Witten 18. 10. 200,42 M., Wormbitt 27. 10. 5,40 M., Würzburg 12. 10. 44,55 M., Ziegenhals 11. 10. 20 M.

Die Verwaltungsstellenoffiziere wollen die genannten Geldeingänge mit den ihnen eingehenden Abrechnungsgeldern vergleichen und etwaige Ar fände umgehend der Hauptkasse mitteilen.

Bekanntmachung

Samstag, den 21. November 1926, ist der 48. Wochenbeitrag fällig.

Osnabrück. Unsere Geschäftsstelle befindet sich jetzt Niedenstraße 8. Telefon wie bisher 1814.